

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Abonnementspreis für die Tage vom 21. November bis 23. November einschl. Belegerlohn 150 Milliarden, bei Selbstabholung 140 Milliarden M. — Telephon für Kontor und Expedition: Nummer 22721 und 24598. — Telephon für die Inseraten-Abteilung Nr. 22721. Postcheckkonto Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13898. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 24598	Inseratenpreise: Die 10zeilige, Kolonelleile 35 Goldpfennig, bei Plankvork. 40 Goldpf. Familiennachrichten u. Privat. die 10zeig. Kolonelleile: 15 Goldpf. Reklamezeile 1,75 Goldmark, Inserate u. a. u. w.: die 10zeig. Kolonelleile 40 Goldpf. bei Plankvork. 45 Goldpf., Reklamezeile 2 Goldmark. Annahme bis 9 Uhr vorm.
--	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiglagenschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Dr. Stresemann auf der Anflagebank.

Der Kampf um den Rest.

Berlin, 20. November.

Die Deutsche Volkspartei als Vertreterin des Großbürgertums und des Großkapitalismus hat seit einem Jahre zeigen können, ob sie das Reich regieren und die Aufgaben, die ihm inner- und außenpolitisch gestellt sind, erfüllen kann. Mit allen Mitteln der Intrige und der politischen Schieberei hat diese Partei am Sturze der sogenannten kleinen Koalition gearbeitet, um selbst ans Ruder zu kommen. Gerade vor einem Jahre trat der Sturz ein. Die Sozialdemokratie und der Kanzler Wirth traten aus der Regierung aus, die neue Regierung wurde unter der Führung der Deutschen Volkspartei mit Zentrum und Demokraten gebildet, Cuno als Reichskanzler bestellt. Nun konnte es Deutschland nicht mehr fehlen. Die deutschen Wirtschaftskreise hatten die Verpflichtung übernommen, der neuen Regierung die Mittel zur Sanierung der Reichsfinanzen und zur Erfüllung der Reparationspflicht zur Verfügung zu stellen. Was nun folgte, ist noch in zu frischer Erinnerung, als daß es nötig wäre, es ausführlich zu schildern. Dieselbe Treulosigkeit, die die Nationalliberale Partei schon früher ausgezeichnet hatte, blieb auch Hauptcharaktereigenschaft der Deutschen Volkspartei, nur daß sie früher für das Volk nicht in so umfangreichem Maße zum Nachteil auswirken konnte, wie jetzt, wo sie Hauptregierungspartei ist. Mit ihren leeren Versprechungen ermöglichte es die völksparteiliche Regierung Cuno's Vorkurs, seine Ruhrbefehlspolitik auszuführen und zu begründen. In rasendem Laufe führte Deutschland in einem halben Jahre in eine unerhörte Schuldenlast, so daß Cuno Anfang August samt seiner Regierung fluchtbedürftig abtreten mußte. Dem Ruhrkampf war obendrein moralisch das Rückgrat gebrochen. Nun kam die neue, die große Koalition, bei der die Sozialdemokratie das Hegeblatt abgeben mußte. Die Konzerne traten jetzt selbst offen handelnd auf den Plan. Ueber den Kopf der Regierung hinweg verhandelten sie mit den Besatzungsbehörden und gaben dem Ruhrkampf den letzten Stoß. Ihre Vertreter in der Regierung bedeckten ihnen den Rücken und verhinderten jeden Währungsreformversuch. In Rültrin, Brandenburg, Kottbus, Spandau, Jüterbog und Bayern erhoben sich die Staatsstreitkräfte auf Verabredung. Statt gegen Bayern erfolgte der Marsch gegen Sachsen und Thüringen, die Verfassung slog in die Ecke, der Sozialdemokratie setzte man den Stuhl vor die Tür, als sie gegen diese Ungehörlichkeiten aufzumucken begann. Jetzt ist auch der willkürliche Kapitalstreik Stresemann an der Reihe, hinauszufügen. Die Treulosigkeiten rächen sich an ihm selbst und an seiner Partei. Eine der schlimmsten Früchte Stresemannscher Staatskunst ist nun der Verlust Rheinland-Westfalens. Schon greift die deutschnationale Gruppe, die unter deutschnational-militärischem Einfluß steht, nach der Staatsgewalt.

Der Kampf um diesen Übergang setzte mit der heutigen Reichstagsagung ein; sie fand freilich durch ein der schwärzesten Reaktion dienendes Spektakelstück der Kommunisten ein vorzügliches Ende. Nachdem der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Weis, die Anklage gegen Stresemann in einer längeren Rede begründet hatte, die von der Rechten des Hauses oft lärmend unterbrochen worden war, legte der Redner der deutschnationalen Fraktion, Herr Hergt, das Programm dar, nach dem seine Partei zu herrschen gedenkt. Beide Redner zapften Stresemann deswegen ziemlich scharf an, weil er sich stellt, als handle es sich nach dem Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung um keine Neubildung, sondern nur um Ergänzung der Regierung, und weil er nicht mit einer programmatischen Erklärung vor den Reichstag tritt. Es ist eine nationalliberale politische Schieberei, so zu tun, als wäre nichts geschehen als handle es sich im Grunde nur um die Ergänzung der Regierung durch ein paar Mitglieder und als hätte der Kanzler eigentlich nur auf ein paar Angriffe Mißvergnügter zu empfangen. Er wollte, so wurde mitgeteilt, antworten, wenn die Redner der beiden großen Oppositionsparteien von links und rechts gesprochen hätten.

Wäre Hergt keine so nervöse Zappelnatur, durch die die politisch ernsthaftesten Dinge einen lächerlichen Anstrich bekommen, seine heiligen Ausführungen hätten nicht nur Eindruck gemacht, sie wären auch für die weitere Debatte wirkungsvoll gewesen. Nicht übel verhöhnte er Stresemann, als den Erfinder der großen Koalition, der nun, nachdem seine Erfindung wie ein Kartenhaus zusammengefallen sei, nicht mit verschwinden wolle, sondern sich an den Kanzlerstuhl klammere. Seine Regierung habe nur Mißerfolg auf Mißerfolg gehabt, ja — so höhnte Hergt weiter — nicht einmal die bayrische Frage habe sie lösen können. Daß

Hergt so offenerzig ist zu sagen, das übrige Deutschland müsse nach Kahr'schem Rezept regiert und behandelt werden, kann man nur dankbar anerkennen. Bei den Konservativen hat man ja immer gewünscht, woran man ist, das war stets ihr Vorzug vor den Nationalliberalen und den Zentrümern.

Da die Deutschnationalen ebenso wie unsere Partei und wie die Kommunisten einen eigenen Mißtrauensantrag einbringen werden, so ist das Schicksal Stresemanns eigentlich schon besiegelt. Er wollte auch selbst die Entscheidung so bald als möglich haben, darum haben seine Parteifreunde im Vorkomiteeauschuss vorgeschlagen, die Aussprache am Dienstag zu Ende zu führen und die Abstimmungsstimmung auf 12.15 Uhr nachts anzusetzen, weil über einen Mißtrauensantrag erst in einer Sitzung am folgenden Tage abgestimmt werden darf. Dieser Vorschlag fand keine Zustimmung, es soll ausführlich über die Politik der großen Koalition gesprochen werden. Von unsrer Fraktion sind noch zwei Redner vorgesehen.

Eine eigne, ausschließlich der Reaktion dienende, Arbeiterbewegung aufs allerhöchste schädigende Spektakelmacherei verübten die beiden wilden Männer der politisch unfähigen Kommunistenfraktion Koenen und Kemmerle. Selbst den eigenen Fraktionskollegen war der Spektakel zu dumm, aber aus Solidarität konnten sie sich dann nicht mehr lassen dagegen aufstehen. Offenbar auf eine Umweigerung aus Moskau üben sie, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, eine neue „Taktik“. Zu Beginn jeder Sitzung verlangt ein Kommunist das Wort zur Geschäftsordnung, um eine mit der Geschäftsordnung in keinerlei Zusammenhang stehende kommunistische Agitationsrede zu halten. Ermahnt der Präsident den Redner, zur Geschäftsordnung zu sprechen, so macht dieser einen Höllenspektakel, in den seine Kollegen einstimmen. Und dieses widerliche Schauspiel, das weder mit Politik, noch mit

Redefreiheit, noch mit Wahrnehmung von Arbeiterinteressen etwas zu tun hat, wiederholt sich, sobald ein Redner geendet und einem andern das Wort erteilt wird. Heute war es ganz widerlich und dumm. Kaum hat der Präsident den Beginn der politischen Aussprache angekündigt, als' auch schon Koenen vorstürzte und das Wort zur Geschäftsordnung verlangte. Seine Fraktion verlange, so erklärte er, daß die Debatte nicht eher beginne, bis Stresemann Rede und Antwort gestanden habe. Der Präsident erklärte, er habe keine geschäftsordnungsmäßigen Mittel, den Kanzler zu zwingen, als erster zu reden. Das hinderte die Kommunisten nicht, weiterzuspektakeln. Das etelchaste Schauspiel wiederholte sich nach der Rede Hergts — als Stresemann nur sprechen sollte — so toll, daß der Präsident den Rißel Kemmerle nicht nur zur Ordnung rufen, sondern ihn auch von der Sitzung ausschließen mußte. Natürlich folgte auf eine Stunde aufhob. Unterdessen verhandelte er mit den Kommunisten, sie gingen auf seinen Vorschlag ein, aber hielten wie immer ihr Wort nicht. Kemmerle blieb nach Wiedereröffnung der Sitzung im Saal. Wollte der Präsident Kemmerle nicht durch Schutzleute hinausbringen lassen, so blieb ihm nichts übrig, als die Sitzung zu schließen. Erst spektakeln sie, weil Stresemann nicht spricht, dann spektakeln sie mit dem wütesten Schimpfwort, als er sprechen sollte und verhindern es. Wenn die kommunistischen Arbeiter diese widerlichen Spektakelstücke lähen, sie würden sich mit Schaudern abwenden; sie würden erkennen, wie schwer eine solche Radikalpolitik die Arbeiterbewegung schädigt.

Wie der Spektakel am Donnerstag weiter geht, wird man sehen.

Kampf dem Belagerungszustand.

Kommunisten als Retter in der Not.

301. Sitzung vom Dienstag, dem 20. November 1923, nachmittags 1 Uhr.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 30 Minuten mit Nachrufen auf den Abg. Höger und den Reichsbankpräsidenten Hagenstein. Debatteles genehmigt der Reichstag Wirtschaftsvorträge mit der Schweiz, Portugal und Polen. Vor Eintritt in die politische Aussprache fordert Abg. Koenen (Komm.) zur Geschäftsordnung, daß als erster Redner der Reichskanzler Redenschaft über seine Politik ablegen möge. Wenn der Reichstag, dem allerdings schon der Reichengeruch der Verweigerung anhaue, die Redenschaft nicht fordere, dann werden es die Massen draußen tun. Ein kommunistischer Antrag auf Vertagung der Sitzung wird abgelehnt und das Wort erhält

Abg. Weis (Soz.):

Im deutschen Volke wird es Verwunderung erwecken, daß die Tagung des Reichstags nicht mit einer Erklärung der Reichsregierung eröffnet wird, sondern daß die Oppositionsparteien den Reigen der politischen Aussprache eröffnen. Das ist nichts andres als ein Mangel an Kraftgefühl auf Seiten der neuen Regierung; denn eine neue Regierung ist es, die wir vor uns haben. Jede neue Regierung bedarf aber des Vertrauens des Reichstags; sie muß also mit ihrem Programm vor den Reichstag treten. Die Regierung lehnt das ab; sie weicht dem aus; sie will zunächst die Stellung der Parteien kennen lernen. Es soll der Eindruck erweckt werden, als ob die Regierung Stresemann die alte Regierung sei. Das ist irrig. Es ist eine neue, ganz andersgerichtete Regierung, für die das Ermächtigungsgesetz, das der früheren Regierung weitgehende Vollmachten gab, nicht mehr besteht. Dabei droht ein Winter mit unvorstellbaren Schrecken. Millionen unserer Volksgenossen sitzen an kalten Herden bei erloschenen Lampen, weil ihr Einkommen zu Licht und Feuerung nicht mehr reicht. Ihre verschlossene Kleidung schlägt sie nicht vor Kälte, ihre Nahrung genügt nicht mehr, dauernde Hungergefühle fernzuhalten. Die so namenlos Leidenden, sind unschuldige Menschen, die am meisten unter ihnen leiden, sind die unschuldigsten von allen: die Kinder. Die ganze Menschheit mühte angeichts eines so ungeheuren Unglücks alle Kraft zusammenzurufen zur Hilfe und Rettung. Aber härter als alle Werke menschlicher Solidarität zeigen sich die Kräfte der Zerstörung. Ein Staat, der im Kriege unser Gegner war und im Frieden aufgehört hat unser Feind zu sein, haust auf unserm Boden mit brutaler Gewalt und zerschlägt alle Versuche, ein behedendens Dasein unsres Volkes neu aufzubauen. Ich will gegen die Politik der französischen Regierung nicht neue Anklagen erheben; andre haben es in andern Fragen weit wirksamer getan als ich es vermöchte. Aber da sich Herr Poincaré neuerdings um das Schicksal

der deutschen Republik besorgt gezeigt hat, möchte ich nicht unterlassen, ihm von dieser Stelle aus zu enigenen: Die Feinde der deutschen Republik haben nur einen Schutengel — der heißt Poincaré. (Sehr wahr!) Die Veruche der deutschen Arbeiterdemokratie, die Republik zu stützen, zum französischen Volk in ein gutes Verhältnis zu kommen, um gerechte Entscheidungen für die Befriedung des Krieges zu leisten, alle diese Veruche sind an einem Gegner gescheitert — und der heißt Poincaré. (Sehr richtig!) Schlimmeres an Unmenschlichkeit hat keine Politik geleistet als jene, die sich im Namen Poincarés verdröper. (Zustimmung.) Die Sozialisten beider Länder werden eine Herkulesarbeit zu verrichten haben, um die Berge des Hasses abzutragen, die zwischen den beiden Völkern aufgerichtet sind. Was unsre englische Bruderpartei getan hat und noch tut, um die Gewissen wahrzurichten und einer Politik der Vernunft und Menschlichkeit den Weg zu bahnen, das wird in der Geschichte des internationalen Sozialismus eines der glanzvollsten Kapitel bleiben. Wir wären glücklich, wenn alle Deutschen für die Lage des deutschen Volkes und die sich aus ihr ergebenden Notwendigkeiten ebensoviel Verständnis befehen wie jene: englischen Arbeiter und Angestellten. (Zustimmung links, Unruhe rechts.)

Im Inneren aber sind wir unruhiger und zerrissener denn je. Der Bürgerkrieg schweilt im Gebälk und bricht da und dort in harte Flammen aus. Wo ist da in der deutschen Volksovertretung die Menschheit, die führt und sammelt? Wir haben uns mit bestem Willen an dem Verlust beteiligt, eine solche Mehrheit zu schaffen; er ist an der Schwärze der Klassengegenstände gescheitert. Die Klassenpolitik der deutschen Arbeiter kann in klassenrechtlicher Beziehung nichts andres sein als Reichspolitik. Mit der Reichseinheit ist die Arbeiterklasse auf Gebeiß und Verderb verbunden. Unser Zukunftsraum in internationaler Beziehung sind die Vereinigten Staaten von Europa; in nationaler Beziehung ist es die deutsche Einheitsrepublik. Darum stehen wir im schärfsten Gegensatz zu einer Politik bürgerlicher Sonderinteressen, die mit einer vorübergehenden Preisgabe der besetzten Gebiete spielt und die den Grundlag der einheitlichen Reichsgewalt für Bayern nicht suspendiert. Wir warnen die Regierung davor, sich von Geschäftspolitikern oder Phantasten zu einem Trennbruch an der Bevölkerung im besetzten Gebiet verleiten zu lassen. Die kapitalistischen Geschäftspolitikern im Westen wollen sich von den sozialen Verpflichtungen und humanitären Werten der Reichszugehörigkeit befreien, die Phantasten erklößen ihr Heil in der Aufkündigung des Vertrages von Versailles. Wird dieser Vertrag in aller Form aufgehoben, so ist es eine Frage an Macht, was an seine Stelle tritt. Die Schwäche des Reiches kommt in der inneren Politik in erschütternder Weise zum Ausdruck. Ich wernichtens empfinde

Brennend die Schande einer Reichsregierung.

die bei all den verderblichen, widerwärtigen, lächerlichen Ereignissen der banalen Lohnauszahlung die Rolle des hilflosen Zuschauers gespielt hat. Der Herr Reichskanzler hat lieber die Sozialdemokratie aus der Regierung ausschließen und die große Koalition in Scherben gehen lassen, als daß er den sozialdemokratischen Wahnungen Gehör

Dienstag: Amtl. Dollarkurs Berlin

4180,5 Milliarden G.	4205,5 Milliarden B.
Goldmark	
997,5 Milliarden G.	1002,5 Milliarden B.

geschenkt hätte. Dabei hat sich inzwischen herausgestellt, daß die Rahr, Hiltner, Lundenbors und Loffow gemeinsam den Hochverrat gegen das Reich vorbereitet hatten. Durch den toten Hochverrat eines dieser vier Spitzhelfer, der die anderen mit dem vorgeschlagenen Revolver zu einem schnelleren Tempo der Aktion veranlassen wollte, ist der Plan vorläufig zum Scheitern gebracht worden. Das deutsche Volk hat in München einen Vorgehensmaßstab gesehen, was keine Warte, wenn die von Bäckstein und Deutschnationalen erprobte „nationale Diktatur“ kommt. Herr v. Rahr hat in seinem Machtbereich das Koalitionsrecht mit einem Federstrich vernichtet.

Ich frage den Herrn Reichsanwalt: Sind die bayerischen Arbeiter, sind die republikanischen und reichstreu gestimmten Bayern noch Angehörige des Reiches? Wie bedeuten Sie Ihren Anspruch auf Schutz durch das Reich zu beschließen? Welche Genugtuung erhält die vom Boden bis zum Keller ausgefüllte „Münchener Post“, die tags darauf für unbestimmte Zeit verboten wurde und mit ihr die ganze übrige sozialdemokratische Presse in Bayern? Alle republikanisch und reichstreu gestimmten Bayern sind in ihrer Existenz und ihrem Leben so vogelfrei wie Oberl, Scheidemann und bürgerliche Republikaner nach der berühmten Proklamation der Münchener Räteregierung. Was ist in Sachsen oder Thüringen vorgekommen, das nur einzugreifen auf diese Dinge heranzieht? Hier ist man mit der äußersten Schärfe vorgegangen. In Bayern aber wurde nicht nur das Koalitionsrecht, sondern sogar die Verbindlichkeit des Beamtenrechtes und des Soldatenrechtes abgeschafft. Dadurch ist die tiefste Demoralisierung in die deutsche Reichswehr eingedrungen und die Urheber dieses unmenschlichen Verbrechens in großen Reden von der deutschen Treue (lebhaftes Zustimmungslaut, große Unruhe rechts); wir haben auch eine andre Vorstellung von deutschem Mannesmut als die Rahr, Loffow, Seiger, die zusammengeknallt waren vor der drohenden Pistole des Maulwurfschneiders Hiltner. Von Frau Linder, der ohne Erfolg die Pistole auf die Brust geleitet wurde, damit sie den Mordhalsort ihres Mannes verrate, hätten diese Verfassungsverbrecher Mannesmut lernen können. Die Leute der Vaterländischen Kampfbünde haben ätzend gehäut als die unverantwortlichsten Leute während der Räterepublik. Das

verlogene System des Generalkommissars v. Rahr wirkt rücksichtslos und verfassungswidrig gegen die Sozialdemokratie.

Keine öffentliche Versammlung ist unserer Partei in Bayern möglich; alle sozialdemokratischen Zeitungen sind verboten worden. Herr v. Rahr, der sich als Statthalter der Monarchie bezeichnen, möchte am liebsten Bayern auf den Zustand von 1818 zurückführen. Damals gab es weder eine deutsche Republik, noch ein deutsches Reich, noch einen bayerischen Landtag. Herrn Rahr geht Landrecht vor Reichsrecht. Niemals ist die Schwäche der Reichsregierung und ihr mangelhafter guter Wille, dem Reich zu geben, was des Reiches ist, um so klar vor Augen geführt worden als in der künftigen und schwächlichen Politik des Reichsanwaltes gegenüber den tüchtigen, ja kühnen Verfassungsverstößen des Herrn v. Rahr.

Die Schwäche gegenüber Bayern ist aber gewollt. (Sehr wahr!) Der militärische Belagerungsstand, der gegen Bayern verhängt wurde, wird überall dort kräftig durchgeführt, wo es nicht notwendig ist. Die militärischen Beschloßhaber wettläufeln miteinander in Verboten sozialdemokratischer Zeitungen; bei Streiks werden Gewerkschaftsführer vom Verbandlungsweg ins Gefängnis geführt. Bald geht in Berlin alles nach dem Wunsch des Herrn v. Rahr. Wir haben die Aufhebung des militärischen Belagerungsstandes verlangt und sind aus der Regierung ausgeschlossen, als unser Verlangen zurückgewiesen wurde. Wir haben damit gehandelt, wie wir handeln mußten und wie können einer Regierung nicht unser Vertrauen gewähren, die diese Entwicklung der Dinge zu verantworten hat.

Der Reichskommissar Dr. Heine, ein ehemaliger sächsischer und Reichsjustizminister, hat in seiner Gier, die Sozialisten in Sachsen zu erledigen, selbst die formaljuristischen Bestimmungen vergessen und mit Militär und Kitzelndem Spiel die sozialistischen Minister aus ihren Ämtern entfernt, ehe die Verfügungen im Reichsgesetzblatt publiziert waren. Was sich in Sachsen und Thüringen während der militärischen Belagerung angetragen hat, gestaltet sich zu einer wahrhaften Tragödie für die betroffene Bevölkerung. Die Eingriffe der Reichswehr in Verfassungen und Landesverwaltungen, die Verhaftungen auf gemeinliche Denunziationen hin, die haarsträubende Art der Beförderung von Verhafteten zwischen den Provinzen der Kanakserie, das Verhören der Verhafteten mit dem Gesicht gegen die Wand, die Tatsache, daß hunderte Verhaftete acht Tage lang ihrem Richter nicht vorgeführt wurden, daß jede Möglichkeit der Verteidigung fehlte, zeigen, daß keine Stunde gewartet werden darf, um dem militärischen Belagerungsstand ein Ende zu machen. Und dieses rücksichtslose Vorgehen geschieht in Thüringen, in dem seit dem Jahre 1918 nicht ein Tropfen Blut geflossen ist. Aufgabe des Reichstages muß es sein, für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände Sorge zu tragen und die Regierung zu zwingen, den Ausnahmezustand unverzüglich aufzuheben und die zivilen Gewalten in ihre Rechte einzusetzen.

Was die Finanzen angeht, so ist die Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt für uns die Hauptsache. Diese Ordnung darf nicht auf Kosten der minderbemittelten Bevölkerung erfolgen, während die leistungsunfähigen Kreise vor sich selbst stehen. Wir verlangen, daß endlich mit der Heranziehung der Bestehenden zur Tragung der Steuerlasten ernst gemacht und die Erfüllung der Schwerkerte verstärkt werde, wie dies der Reichsanwalt ausdrücklich zugesagt hat. Außerordentlich erlaubt waren wir über das anmahende Wutreden des Vorstandes und des Verwaltungsrates der Rentenbank, die dem Reichsanwalt eine Reihe politischer Forderungen vortrugen, wobei sie sich mehr als Vertreter des Landvolkes und des Reichsverbandes der Industriellen, die sie in ihrem Hauptamt in auch sind, denn als Vertreter der Rentenbank stellten. Und tatsächlich hat der Reichsanwalt den Zentralschluß der Rentenbank als

eine oberste Kontrollinstanz über die Regierungs- und Finanzpolitik des Reiches

anerkannt. Das Gesetz aber räumt keinerlei Kontrolltätigkeit ein. Die Regierung aber redet sich bei der Frage der Unterstellungen für Rhein und Ruhr auf die Haltung der Rentenbank hinaus. Für uns ist die Ruhr- und Rheinfrage nicht eine Unterstellungsfrage, sondern eine nationale. Im Augenblick die entscheidende nationale Frage aber unter dem Vorwand der Unmöglichkeit weiterer finanzieller Unterstellungen soll eine Politik getrieben werden, die in ihrer weiteren Wirkung den angeblich nicht mehr zu vermeidenden Verlust der Rheinlande und den Versuch mit Frankreich herbeizuführen möchte. Wir sehen unsere Pflicht darin, bis zum letzten Augenblick für die

Erhaltung von Rhein und Ruhr beim Reich

alles einzusetzen. Um die Finanzfrage zu lösen, müßten Sondersteuern für diesen Zweck ausgeschrieben werden. Bei den Verhandlungen der Industriellen mit der Interalliierten Kommission, die gescheitert sind, war das bedauerliche, daß sie sich in einem Halbverstand befanden, in dem keine wirkliche Kontrolle möglich war. Im Rheinlande selbst entstehen die verhandlungsunfähigen Industrieellen nur wenig Vertrauen. Denn in all den Jahren hat die Bevölkerung nur den ungeheuren Gegensatz gesehen zwischen der mangelnden Opferwilligkeit dieser Kreise und der gewaltigen Ausdehnung ihrer Konkurrenz im In- und Auslande. Diesen Herren ist jedes deutsche Interesse fern, wo ihre Profitinteressen in Frage kommen. Das haben wir schon bei den Verhandlungen mit General Denouste bewiesen. Der Reichsanwalt hat zwar bekräftigt, daß die Großindustriellen die Hilfe des Generals zur Beilegung des Westtagedtags anrufen haben. Dabei hat ihm das von den Großindustriellen selbst angefertigte Protokoll über die Besprechung mit General De g o u s t e am 5. Oktober 1923 vorgelesen, wonach Geheimrat R i d e n e r vor dem französischen General ausgeführt hat:

Die Industrie sei der Überzeugung, daß es ein schwerer Fehler gewesen sei, den sozialistischen Einflüssen nachzugeben und nach einem verlorenen Kriege auch noch eine verlorene Arbeitszeit einzuführen. . . . Der rheinisch-westfälische Bergbau habe sich entschlossen, die Vorkriegsarbeit wieder einzuführen, d. h. 8 1/2 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt für Untertagearbeiter

und 10 Stunden für Überlagerarbeiter ohne die Unterstützung der Okkupationsmacht, und das sei einer der Gründe des Geschehens (Hört, hört!)

Auf diese ungläubliche Aufforderung an einen feindlichen General konnte dieser erklären: „Die Okkupationsmacht hätten am 11. Januar proklamiert, daß sie die deutschen Gesetze achten würden; der Westtagedtag sei deutsches Gesetz. Seine Einführung sei außer dem auf den Friedensvertrag zurückzuführen und er sei nicht in der Lage, in die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter einzuschreiten.“ Nach dieser vernichtenden Abfuhr R i d e n e r s maachte dieser einen Rückzieher: „Er sowohl wie auch Herr Stinnes haben im Laufe der Unterhaltung, so führt das Protokoll fort, wiederholt sehr betont, daß die Industrie auch ihrerseits eine Einmischung der Okkupationsmacht in die Frage der Arbeitszeit nicht wünsche.“ Das ganze Verhalten der Ruhrindustriellen selbst beweist, daß sie auch gegen die Arbeiter und gegen die deutschen Gesetze die Verlängerung der Arbeitszeit durchsetzen wollten.

Solange die Rhein- und Ruhrlande staatsrechtlich zum Reich gehören, hat keine deutsche Regierung das Recht, diesen Landesteilen Zuschüsse zu sperren, die anderen deutschen Landesstellen gewährt werden. Dem Kumpfbündnis Stresemann war es vorbehalten, durch die Absicht, die Erwerbslosen im Rheinlande ihrem Schicksal zu überlassen, eine ungeheure moralische Verwundung anzurichten. Jeder spricht dort mit tiefster Beschämung und größtem Schmerz über diese ungläublichsten Absichten der Reichsregierung. Die Sperrung der Erwerbslosenunterstützung bedeutet nichts anderes, als Millionen Arbeiter auf Gnade und Ungnade der Hungerpeitsche des Kapitalismus auszuliefern.

Deutschland ist nicht am Parlamentarismus zugrunde gegangen, sondern am Gegenteil: dem persönlichen Regiment. Uns Sozialdemokraten trägt eine einheitliche Masse, selbst eine große Idee. Wir kämpfen für Leben und Freiheit unseres Volkes. Um unsere Freiheit muß sich die Mehrheit des Volkes scharen. Sie steht hoch ausgeschreit und es fehlt nicht an Kräften, sie normiert zu tragen durch Gefahr und Not zur Einheit und Freiheit! (Leb. Welfall links.)

Herr Dr. Hergt (D. Nat.): Wir bedauern außerordentlich, daß der Reichsanwalt diese Besprechung nicht eingeleitet hat, mit einer Rede, in der er für sein neues Kabinett die V e r t r a u e n s f r a g e gestellt. Das Kabinett ist nicht einmal komplett; es ist ein Kumpfbündnis, der eine neue Probezeit bekommen hat. (Heiterkeit.) Der Kanzler hat sein Amt als Kanzler der großen Koalition angefangen. Das Kabinettsbüro der großen Koalition ist gefallen, nun muß der Reichsanwalt nach. Das Kabinett hat nur Mißerfolge erlebt; man kann zu diesem Kabinett kein Vertrauen haben. Ein völliger Kurswechsel ist erforderlich.

Völlig mußte dafür gesorgt werden, daß die Sozialdemokratie wie im Reich so auch in Sachsen und Thüringen verschwindet. Die marxistischen Himmungen haben den Reichsanwalt bestimmt, aus seinem Aufzug zur Sammlung die Deutschnationalen, die wahren nationalen, staatsrechtlichen Elemente (Gesichter links) auszunehmen. Die Sozialdemokraten stehen nach ihrem Austritt aus dem Kabinett offenbar nicht a. D., sondern i. D., zur Disposition. (Heiterkeit.) Die nichtbestimmten marxistischen Einflüsse nötigen uns zu Mißtrauen gegen das letzte Kabinett. Zum Währungs-Kommissar ist ein ausgeprägter Feind der neuen Rentenmark bestellt worden. Die Behandlung der Frage des beliehen Geldes hat die Regierung von Mißerfolg zu Mißerfolg geführt. Wir haben bei Abbruch des passiven Widerstands den Abbruch aller Verhandlungen mit Frankreich gefordert; die Regierung hat anders gehandelt. Wir sind auch für Verhandlungen, aber mit allen Vorbehalten. Frankreichs Politik wird sich ändern, wenn Deutschlands Politik endlich den Charakter der Schwäche verliert. Eine Reichsregierung würde sich von allen Forderungen fernhalten. (Gesichter links.) Wir wollen keine einseitig-kapitalistische Vorkriegspolitik, aber die Sozialdemokratie ist nicht die Vertretung der Arbeiterklasse. Die von uns verlangte nationale Regierung wird nicht ganz (!) ohne Parlament und Parteien regieren. Wir wollen eine Regierung, die das Vertrauen der nationalen Verbände, der nationalen Jugend hat, auf der Deutschlands Zukunft beruht. Die bayerische Frage ist eine deutsche Frage. Rahr hat wie Wisman die Reichstreu über alles gestellt. (Gesichter links.) Wir müssen durch einen Regierungswechsel dafür sorgen, daß Männer dieser Art uns das neue Deutschland, das Deutschland von morgen bringen. (Welfall rechts.)

Als Reichsanwalt Dr. Stresemann das Wort erhalten soll, verlangt Hg. K o e n e (Komm.) das Wort zur Geschäftsordnung. Präsident L o e b e verweigert das und Hg. K o e n e ruft: „Ich will dagegen protestieren, daß Polizei im Hause ist!“ (Erregung auf der linken Seite.) Als der Präsident dem Reichsanwalt das Wort erteilt, schlägt Hg. K e m m e l e (Komm.) erregt mit der Faust auf das Geländer der Treppe zur Rednertribüne und ruft dabei wiederholt laut in den Saal: „Sind wir hier im Parlament oder im Zuchthaus?“ Dem Präsidenten L o e b e gelangt es erst nach einigen Minuten, den Aufstörer zum Schweigen zu veranlassen. Unter schäblichem Beifall der Mehrheit des Hauses erklärt er: Auf Grund des § 91 der Geschäftsordnung fordere ich den Hg. Kemmelle wegen grolliger Verletzung der Ordnung des Hauses auf, den Sitzungssaal zu verlassen. (Unruhe; Hg. Kemmelle bleibt auf seinem Platze.) Da der Hg. Kemmelle meiner Aufforderung nicht folgt, werde ich die Sitzung aufheben, zunächst auf eine halbe Stunde. (Zurufe der Kommunisten.) Ich habe bisher von diesen äußersten Bestimmungen der Geschäftsordnung nicht Gebrauch gemacht, obwohl man mir innerlich und äußerlich des Hauses zu weitgehender Toleranz vorneworfen hat. Alles hat aber schließlich eine Grenze. (Beifall der Mehrheit.)

Die meisten Abgeordneten verlassen während der Pause den Sitzungssaal. Hg. Kemmelle bleibt auf seinem Platze.

Präsident L o e b e eröffnet nach einer Stunde die Sitzung wieder mit der Erklärung, er selbst habe schon seit längerer Zeit Krümmungsbeschwerden, die ihn zum Verlassen des Reichstages gezwungen haben. Die Krümmungsbeschwerden sind in ihrem Leben bedroht worden sind. Hg. K o e n e verurteilt die Heranziehung der Kriminalpolitik, Hg. D i t t m a n n (Soz.) billigt für seine Fraktion das Verhalten des Reichsanwaltes. Da der Hg. Kemmelle sich weigert, den Saal zu verlassen, verlegt der Präsident die Sitzung um 6 Uhr abends auf Donnerstag 1 Uhr.

Ueber den Zwischenfall, der am Dienstag zur Vertagung des Reichstages führte, befragt, machte der Reichstagspräsident L o e b e folgende Mitteilungen:

Ein Teil der kommunistischen Fraktion hat in den letzten Monaten in steigendem Maße den Versuch gemacht, die ordentlichen Beratungen des Reichstages durch dröhnende Zwischenrufe und Schimpfworte zu verhindern. Schon der Reichsanwalt L u n o konnte letzte Rede unter diesen Unterbrechungen im rohesten Ton kaum beenden; dasselbe Spiel begann bei der ersten Rede des neuen Reichsanwaltes, so daß Dr. S t r e s e m a n n seine Rede unterbrach und den Reichsanwalt um Schutz gegen die Beschimpfungen ersuchte. Der Ordnungsruf hat einen solchen Schutz nicht mehr. Er wurde von dem Betroffenen mit Gefächter beantwortet und hätte in einer Sitzung dreifach wiederholt werden müssen. Deshalb sind die Kommunisten von dem Präsidenten mindestens viermal vor dem Beginn neuer Tagungen unter vier Augen gebeten worden, dieses Treiben einzustellen, weil sonst der Fortgang der Reichstagsberatungen ohne scharfe Eingriffe und Ausweisungen der Ruhestörer nicht mehr gesichert werden konnte. Ungeachtet dieser Witten, die auch am Tage vor dieser Sitzung dem Führer der Fraktion zweimal unterbreitet wurden, begann der Lärm vor Beginn der Rahrrede aufs neue. Anlaß dazu gab die Tatsache, daß der Präsident seit einigen Monaten zum Schutze des Reichstages vor Ueberwältigungen und der Regierungsmittelglieder vor Gewalttätigkeiten eine Polizeibeamte herbeigerufen hat. Die vielfachen Drohungen, die in Zwischenrufen und auch öffentlich erhoben worden sind, konnten nicht unberücksichtigt gelassen werden, nachdem im Rathenau-Prozess bereits durch

Zeugenaussagen festgestellt worden ist, daß der erste Attentatsplan gegen den ermordeten Minister im Reichstagsgebäude ausgeführt werden sollte und nachdem im Laufe d. J. bereits einmal bewaffnete Angehörige rechtsradikaler Organisationen im Hause festgesetzt worden waren.

Von diesem Sachverhalt hatte der Präsident wenige Minuten vorher dem kommunistischen Abgeordneten H ö l l e n Mitteilung gemacht. Nachdem beschlossen die Kommunisten, daraus wieder ein Spektakel zu machen, und als sie das Wort zur Geschäftsordnung aus diesem Anlaß erst nach der Rahrrede erhalten sollten, führten sie ein wildes Gekröse auf. Der Abgeordnete Kemmelle übernahm den Ordnungsruf des Präsidenten und alle seine sonstigen Mitteilungen. Er setzte sein Gekröse auch fort, als der Präsident dem Reichsanwalt das Wort erteilt hatte, so daß dieser seine Rede nicht beginnen konnte. Darauf wurde Kemmelle wegen grolliger Verletzung der Ordnung aus dem Saal gewiesen, leistete aber dieser Aufforderung weder in dieser Sitzung, noch in der zweiten, eine Stunde später beginnenden Folge. Er hat damit den Ausschluß für 20 Sitzungstage, der im § 91 der Geschäftsordnung vorgesehen ist, sich ausgesogen. Der Präsident wollte jedoch der Offenheit das Schauspiel der gewalttätigen Enternung eines Abgeordneten ersparen und verlangte deshalb die Sitzung auf Donnerstag 1 Uhr. Bis dahin wird der verhängte Ausschluß vollzogen werden. Außerdem wird dem Abgeordneten Kemmelle auf Grund des Hausrechts und der Polizeigewalt, die dem Reichsanwalt am Reichstagsgebäude zustehen, das Betreten des Hauses bis zum Ablauf der Ausschlußfrist verboten werden. Sollte er dieses Verbot gewalttätig übertreten, so wird er sich die Folgen selbst zuschreiben haben.

Soweit Genosse L o e b e. Wie wir weiter in Erfahrung bringen konnten, war der Polizeibeamte, an dessen Anwesenheit die Kommunisten im Reichstagsgebäude nahmen, von der hiesigen Volkspartei der russischen Räterepublik zur sechsmonatigen Freierrichtung des Sowjetstaates zum Festsetzen eingesetzt. Er hat bei dieser Gelegenheit mit Koenen und Hölle in einem Tisch an dem von den Russen gelieferten Festmahl teilgenommen, ohne daß die anwesenden Kommunisten sich damals durch diese Nachbarschaft im geringsten stören ließen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Dienstag nach dem erzwungenen Schluß der Reichstagsberatungen zu einer Sitzung zusammen. Da der Reichsanwalt am Dienstag das Wort zu einer Regierungserklärung nicht nehmen konnte, mußte die endgültige Formulierung des von der Sozialdemokratie beabsichtigten Mißtrauensvotums verschoben werden. Die Fraktion beschäftigte sich deshalb hauptsächlich mit dem Vorgehen des Reichstagspräsidenten gegen das unparlamentarische Verhalten des kommunistischen Abgeordneten Kemmelle. Sie billigte einstimmig das Verhalten des Reichstagspräsidenten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Anträge im Reichstags eingereicht:

Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag verlangt, daß die auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassene Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1923 betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen (Reichsgesetzbl. S. 905), sofort außer Kraft gesetzt wird.

Der Reichstag wolle beschließen: 1. Die Herabsetzung der Herabminderung der Personalausgaben des Reiches (Personalausgaben-Verordnung) vom 27. Oktober 1923 ist sofort aufzuheben. 2. Die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes betr. Herabminderung der Ausgaben des Reiches vorzulegen.

Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung aufzufordern, die Demobilmachungsbestimmungen über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 nebst der ergänzenden Anordnung vom 17. Dezember 1918 und die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919 sofort wieder in Kraft zu setzen.

Wird Stresemann kürzen?

Der Vorwärts beantwortet diese Frage mit einem beinahe unumwundenen Ja. Wir wagen hinter diese Meinung des Vorwärts noch einige Fragezeichen zu setzen. Gestern haben, nachdem die Dienstagsitzung des Reichstages aufgeschoben war, Verhandlungen mit dem Reichsanwalt stattgefunden. Er empfing die Führer der bürgerlichen Mittelparteien. Am Abend war auch Genosse M i l l e r zum Reichsanwalt gebeten worden.

Wie der Sozialdemokratische Parlamentsklub mitteilt, soll sich das Reichskabinett in den letzten Tagen mehrfach mit der Aufhebung des Belagerungsstandes beschäftigt haben. Ein endgültiger Beschluß ist bis dato nicht gefaßt worden.

Der Kampf des Generalleutnants Müller gegen die sächsische Polizei läßt freilich nicht erkennen, daß es der Reichsregierung ernsthaft darum zu tun sei, den Belagerungsstand abzubauen.

Der Kampf in der Deutschen Volkspartei.

Auf dem Wege zur Diktatur.

Am vergangenen Sonntag hat sich der Reichsanwalt Dr. Stresemann im Zentralsvorstand der Deutschen Volkspartei ein an Einmütigkeit grenzendes Vertrauensvotum ausstellen lassen. Wie es mit dieser „Einmütigkeit“ bestellt ist, zeigt ein Kommuniqué, das der letzte Flügel der Volkspartei am Tag veröffentlichte. Daraus ist zu ersehen, welches Gewicht der kleinen Minderheit zufällt, denn in Wirklichkeit sind in dieser Minderheit die meisten der Akteure der Volkspartei zusammengefaßt. Sie werden verstehen, trotz des Votums im Zentralsvorstand in der Reichstagsfraktion ihre Direktiven durchzusetzen. Das Kommuniqué lautet:

Unter den 11 Mitgliedern des Zentralsvorstandes, die gegen die Entschließung gestimmt haben, waren nicht weniger als acht Mitglieder der Reichstagsfraktion: die Herren: B e d e r - H e s s e n , H e i n z e , M a r c k t , Q u a s h , D a u s , W e y e r , J a p f (der zweite Vorsitzende der Fraktion) und H e p p. Die Reichstagsfraktion war keineswegs vollständig vertreten; es fehlte u. a. der Abgeordnete Stinnes. Und von den Abgeordneten, die man im allgemeinen den Freunden des Parteiführers beizuzählen pflegt, und die diesmal sehr scharfe Kritik an dessen Politik als Reichsanwalt geübt haben, wie die Herren Dr. F u g o , v. R a u m e r / u n d v. K a r d o r f , waren gleichfalls mehrere bei der Abstimmung nicht mehr anwesend. Und schließlich hat auch namens der Fraktion deren Vorsitzender Dr. S c h o l z mit scharfer Pointierung betont, die Stellungnahme des Zentralsvorstandes wäre für die Reichstagsfraktion außerordentlich interessant. Es wäre aber gar keine davon sein, daß die Abgeordneten ihre auf höherem Ebene beruhenden Überzeugungen einer solchen Entschließung zum Opfer brächten. Sollte in der heutigen Reichstagsitzung keine Vertrauensentziehung für das amtierende Kabinett eingebracht werden, sondern nur Mißtrauensanträge, so dürfte die Fraktion der Deutschen Volkspartei geschlossen gegen die stimmen. Freilich wird man damit zu rechnen haben, daß in diesem Fall einzelne Abgeordnete an der Abstimmung nicht teilnehmen werden.

Die Stinnes, B e d e r , M a r c k t und H e i n z e sind die Wegbereiter der Diktatur. Sie gehen dabei allmählich Hand in Hand mit den Deutschnationalen. Ueber die Bestrebungen dieser Richtungen hat sich der Reichstagsabgeordnete Graf W e l t a r p auf einem Kreistage der deutschnationalen Volkspartei in Schlau mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. Er sagte:

„Die in den drei gefährten Karren kann heute keine Parteiregierung oder Koalition mehr herausbringen; das kann nur noch eine Regierung mit diktatorischen Vollmachten. Wie sie zustandekommen wird, darüber hier näheres zu sagen, muß ich mir verhehlen. Das aber verhehlen ich: Wir haben das Ziel fest im Auge. Die tatsächlichen Mittel, zu unserem Ziele, der Regierung mit diktatorischen Vollmachten zu kommen, auszuwählen, müssen Sie uns überlassen. Ich will Ihnen arbeiten Tag für Tag, das versichern wir Sie.“

Einigung auf der Völkervereinigungskonferenz.

Der Inhalt der Notizen.

II. Paris, 22. November. In der gestrigen Abend Sitzung der Völkervereinigungskonferenz wurde zwischen den Alliierten volle Übereinstimmung erzielt. Die Pariser offiziellen Kreise sind über das Resultat der Konferenz überaus befriedigt, um so mehr, als dadurch die Ausschlichtung der Entente ermöglicht würde.

III. Paris, 21. November. Die Notizen der Völkervereinigungskonferenz über die Wiederaufnahme der militärischen Kontrolle in Deutschland und die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen sind dem deutschen Geschäftsträger in Paris heute abend überreicht worden.

In der Note der Völkervereinigungskonferenz an die deutsche Regierung betreffend die Wiederaufnahme der militärischen Kontrolle heißt es: Die alliierten Regierungen nehmen Kenntnis von der Erklärung der deutschen Regierung, daß sie keineswegs die Absicht habe, die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage von Versailles zu verweigern. Sie stellen jedoch fest, daß die deutsche Regierung nichtsdestoweniger darauf beharre, tatsächliche Gründe anzuführen, um sich in der Praxis der Ausübung der militärischen Kontrolle zu entziehen. Die Kontrollkommission hat immer im Interesse der Erfüllung ihrer Aufgabe sich bemüht, die Aufgabe der deutschen Behörden zu erleichtern, und man könne sich auch in Zukunft auf ihren Takt verlassen. Unter diesen Umständen sehen sich die alliierten Regierungen in die Notwendigkeit versetzt, auf dem Recht zur Aufrechterhaltung der militärischen Kontrollkommission, sowie des aeronautischen Garantekomitees zu bestehen. Die Alliierten erinnern die deutsche Regierung daran, daß jedesmal, wenn die Kommission und die Überwachungsorgane ihr notifizieren, daß sie zu einem Besuche schreiten wollten, die deutsche Regierung die absolute Pflicht habe, der Kontrollkommission gemäß dem Friedensvertrage alle notwendigen Erleichterungen für die Erfüllung ihrer Aufgabe zu geben. Infolgedessen hätten die Alliierten beschlossen, daß die Tätigkeit der Militärkontrollkommission und der aeronautischen Überwachung unverzüglich unter den Bedingungen wiederaufgenommen würde, die der deutschen Regierung durch den Vorstehenden der Kontrollkommission und des aeronautischen Garantekomitees mitgeteilt wurden. Falls diese Operationen aus Opposition der deutschen Behörden oder deutscher Staatsbürger hohen rüchden bestanden, die die Alliierten das Recht vor, die ihnen geeignet erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen um die Ausführung des Friedensvertrages sicherzustellen.

In der Note betreffend die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen heißt es: Die alliierten Regierungen hätten Kenntnis von den Erklärungen des Kronprinzen hinsichtlich der Verzichtserklärung des ehemaligen Kronprinzen auf den Thron von Preußen und auf die deutsche Kaiserkrone, sowie von der formellen Verzichtserklärung, die die deutsche Regierung übernommen habe, die Rückkehr des ehemaligen deutschen Kaisers nach Deutschland nicht zu erlauben. Durch die Mitteilung des Kronprinzlichen vom 1. Dezember 1918 habe die deutsche Regierung bekanntgegeben, daß sie sie für gültig ansehe und ihre Annahme nicht zuweilen werde. Der deutschen Regierung, die die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen gestattete, könne nicht unbekannt sein, daß seine Anwesenheit in Deutschland geteuer ist, für Deutschland eine innen- und außenpolitische Komplikation hervorgerufen. Die deutsche Regierung werde daher voll verantwortlich gemacht für etwaige Folgen ihrer Handlung. Die Alliierten lenken die ganze Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die Gefahren und die Möglichkeiten, die die Alliierten zuzuwenden könnten, sich über Maßnahmen zu verständigen, um ihnen entgegenzutreten.

Amerika und die Schuldenfrage.

Bereits in der letzten Nummer brachten wir eine Meldung, wonach die Vereinigten Staaten im Begriff seien, an das französische Kabinett eine Note zu richten, damit die Zahlungsbedingungen für die französische Schuld festgesetzt würden. Heute liegen Meldungen vor, wonach die amerikanische Regierung an alle Alliierten Mächte ein Schreiben richten wird, in welchem diese gebeten werden, eine baldige Regelung der Schuldenfrage mit Amerika herbeizuführen.

Diese Aufforderungen sind auf einen Vorstoß zurückzuführen, den der Senator Smoot machte. New York Herald weist darauf hin, daß Mitte Dezember in holländischer, aber letzter Sprache eine entsprechende Aufforderung an die Schuldnerländer ergehen werde. Staatssekretär Hughes habe dem Senator Smoot lange Widerstand geleistet. Seitdem aber sein Vorstoß, die deutsche Zahlungsfähigkeit durch einen Sachverständigenauschuss nachprüfen zu lassen, in sich zusammengefallen sei, mehr heraus, daß er mit den Alliierten Smoots einverstanden sei. Nach derselben Quelle beträgt gegenwärtig die französische Schuld an die Vereinigten Staaten infolge der rückständigen Zinsen in Francs umgerechnet 70,3 Milliarden.

Reichsbankpräsident Dr. Havenstein gestorben.

Berlin, 20. November. Wie die Reichsbank mitteilt, ist der Reichsbankpräsident Dr. Havenstein heute morgen gestorben.

Am Dienstag, kurz vor dem Eintreffen der Nachricht von Havensteins Tod, wurde gemeldet, daß der Währungskommissar Hjalmar Schacht als Nachfolger des Reichsbankpräsidenten auszuwählen sei. Der Tod Havensteins hat eine Frage zum Abschluß gebracht, die seit Monaten ihrer Beantwortung harre. Bekanntlich hatte gleich nach der Konstituierung des ersten Kabinetts Stresemann der Vorwärts ultimativ gefordert, daß Havenstein gehen müsse. Er ist nunmehr mit dem Tode abgegangen, ohne daß er sich irgendwo an das Ultimatum des Vorwärts gestöhnt hätte.

Neben Helfferich und Sinnnes gehört Havenstein zu jenen Persönlichkeiten, die dem Reiche die heftigsten Dolchstöße versetzt haben. Helfferich hat durch seine wahrnehmbare Finanzpolitik während des Krieges den ersten Anstoß für die Inflation gegeben. Als Helfferich dann beiseite trat, führte der Reichsbankpräsident dessen Inflationspolitik weiter. Es ist bekannt, daß Havenstein der schärfste Gegner jeder wirklich ertragfähigen Steuerpolitik gewesen ist. An Havenstein scheiterten im wesentlichen bereits die Steuerreformen Erzbergers und seitdem ist es dieser Mann immer gewesen, der sich jedem Fortschritt auf finanzpolitischem Gebiet in den Weg stellte. Geradezu verbrecherisch wurde sein Treiben nach Beginn der Ruhraktion. Durch seine Papierkreditwirtschaft hat er dem Reich Kapital in ungeheuren Milliarden in die Hände geliefert. Erst dadurch war es Sinnes erneut möglich, Duhende von Unternehmungen aufzukaufen und fortwährend neue Dolchstöße gegen die Währungspolitik des Reiches zu führen. Havenstein verzichtete sich hinter dem Autonomiegesetz für die Reichsbank, das seinerzeit die Alliierten diktatorisch gefordert hatten. So hat er dem Reiche unendlichen Schaden bereitet und wie der Vorwärts mitteilt, hat er auch in den letzten Tagen nichts unterlassen, um selbst dem Kabinett Stresemann alle Schwierigkeiten zu bereiten. Er habe, teilt das Zentralorgan mit, der Regierung jeden weiteren Kredit für die Ruherunterstützung verweigert.

Nachdem Havenstein im Jahre 1900 zum Präsidenten der Preussischen Seehandlung (Preussischen Staatsbank) ernannt worden war, folgte er 1908 dem Reichsbankpräsidenten Dr. Koch im Amt. Neben Helfferich und Sinnnes wird er in der Geschichte des deutschen Volkes unsterblich bleiben. Dieses Triumvirat hat mehr erreicht als Voltaire und sämtliche Alliierten während eines vierjährigen Weltkrieges. Aber das Reich hatte den Reichsbankpräsidenten, den es verdiente. Wie angelehnt dessen der Reichspräsident Ebert in einem Schreiben an das Reichsbankdirektorium erklären konnte, daß das, was Havenstein während des Krieges und in den nachfolgenden schweren Jahren für die Aufrechterhaltung unserer Finanzwirtschaft geleistet habe, „unvergleichlich“ wird, ist unverständlich, wie viele andre Ungerechtigkeiten, die sich dieser angebliche Sozialdemokrat in den letzten Wochen dühndend geleistet hat.

Vorbereitungen für eine neue kommunistische Aktion.

Die deutschen Kommunisten, von deren Tätigkeit in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit auffallend wenig zu merken war, scheinen im geheimen um so intensiver zu arbeiten. Sie haben sich unter dem Druck des militärischen Ausnahmezustandes ganz auf die illegale Tätigkeit umgestellt. Die Räume, die die Berliner Zentrale und die Berliner Bezirksleitung innehaben, sind ganz verlassen worden. Nach einem Bericht des Soz. Parlamentsdienstes dürfte die Leitung in die Räume der russischen Botschaft und der russischen Handelsgesellschaft, die der Polizei nicht zugänglich sind, übergesiedelt sein. Von dort aus scheinen sie eine eifrige Tätigkeit für die Durchführung einer neuen kommunistischen Aktion großen Stils zu entfalten. Dem Bericht des SPD. entnehmen wir darüber noch folgendes:

In diesen Tagen ist es der Berliner Polizei gelungen, für die verfassungswidrigen Handlungen der kommunistischen Partei-Zentrale neue Beweise zu liefern. Seit ungefähr drei Wochen hat sie einen durchaus gut organisierten und über das ganze Reich verzweigten Kurierdienst unterhalten. Ihre Instruktionen an die politischen Überleitungen bezug ihre Unterinhalten wurden restlos durch Kurier befördert, während nur die Beförderung des vollkommen harmlosen Materials durch die Post vorgenommen wurde. Bisher hat die Polizei 14 kommunistische Kurier festgesetzt. Sie waren bei ihrer Verhaftung gerade im Begriff, neues Material zu empfangen, das ein Spezialkommissar der Parteizentrale zur Verteilung in das Restaurant Liebermann, Jordanufer Straße, gebracht hatte. Die Kurier waren äußerst gut gekleidet. Ingesamt wurden bei ihnen 140 amerikanische Dollar, 195 Goldmark in Goldanleihe und 70 Millionen Papiermark gefunden. Das ihnen ausgehändigte Material wurde in Rohrplattenkoffern, die von der Zentrale zu Duhenden aufgekauft waren, befördert, um den Eindruck harmloser Reisenden zu erwecken. In der Zeit vom 3. bis 12. November wurden ausschließlich für den Kurierdienst insgesamt 369 Milliarden Mark vorausgeschickt. Diese Summe zeigt nicht nur das Maß der innerhalb der kommunistischen Partei betriebenen Verschwendung, sondern bestätigt auch, daß den Kommunisten heute noch von Moskau endlose Summen zur Verfügung gestellt werden.

Das von den Kurieren an die Organisationen in allen Provinzteilen Deutschlands zur Übermittlung vorgesehene Material umfaßt außer Geheimkreisen und Agitationsstoff vorwiegend Fragebogen über die deutschen Reichswehrformationen. Die Organisationen waren beauftragt, diesen Bogen mit Hilfe des Zerkungsmannes innerhalb einhundert Tage zu beantworten. Hauptzweck sollte die Stärke der Formation, ihre politische Einstellung, speziell die der Offiziere ausgekundschaftet und mitgeteilt werden. Ferner oder bereits ein Verbindungsmann bestimmt ist, der die kommunistische Agitation in den einzelnen Formationen vornimmt. Die kommunistische Organisation in Rostock wurde außerdem beauftragt, festzustellen, ob in der Flugzeugfabrik Sablatnik ein kommunistischer Vertrauensmann beschäftigt ist. U. a. befanden sich unter dem beschlagnahmten Material auch zwei Briefe des Kommunisten Brandt, der gegen die Amnestiebewegung durch den Reichskommissar Heine protestiert und sich nach wie vor als Ministerialdirektor der schlesischen Staatskanzlei listet, obwohl er mit der Ernennung des Volksparteilagers Heine zum Reichskommissar aus Dresden verschwunden und für die Polizei unauffindbar ist.

Besonders bemerkenswert ist noch ein Schreiben der kommunistischen Zentrale an die Bezirksorganisation in Weimar. Aus ihm ergibt sich nicht nur, daß die kommunistische Partei in der Provinz von ihren thüringischen Organisationen bei dem Einmarsch der Reichswehr den sofortigen Generalstreik forderte, sondern sie auch für den Rücktritt der kommunistischen Minister die notwendige Sorge getragen hat. Man hatte sich die Arbeit der eigenen Regierungsvertreter anders vorgestellt, aber bei den sozialdemokratischen Ministern starke Gegenpole für eine ungehinderte kommunistische Propaganda gefunden. Deshalb wurde den Kommunisten in Weimar angedeutet, mit allen Mitteln entweder den Generalstreik herbeizuführen oder aber aus der Regierung auszutreten. Die kommunistische Zentrale gab zu diesem Zweck die Anweisung, von der thüringischen Regierung sofort die Bildung gemeinsamer proletarischer Hunderkschaften und den Rücktritt des Polizeioberst Müller-Brandenburg in der Erwartung zu verlangen, daß diese Forderungen abgelehnt würden. Innerhalb 24 Stunden sollten dann die Kommunisten aus der Regierung austreten und mit einem propagandistischen Aufruf vor die Arbeiterstraßen treten. Der entsprechende Brief ist vom Sonntag, dem 11. November, datiert; 24 Stunden später traten die kommunistischen Minister aus der thüringischen Regierung aus. Sämtliche Briefe an die Organisationen sind nicht mit vollen Namensunterschriften, sondern mit Decknamen versehen.

Die ganze Art der getroffenen Vorbereitungen läßt mit aller Bestimmtheit darauf schließen, daß die Kommunisten diesmal einen entscheidenden Schlag geplant haben. Besonders die Fragebogen über die Reichswehr lassen keinen Zweifel über die Absichten der Zentrale in Berlin aufkommen. Auch die Tatsache, daß die Polizei kommunistische Waffenlager entdeckte und dort verschobene Waffen und militärische Hilfsmittel beschlagnahmte, berechtigt zu der Annahme, daß die KPD. alle Vorbereitungen für einen neuen Putsch getroffen hatte. Zweifellos werden die Kommunisten ihre durch das Eingreifen der Polizei zunächst gestörten Vorbereitungen für die geplante Aktion auch weiter fortführen. Deshalb gilt es für die sozialistische Arbeiterklasse, in der nächsten Zeit die Augen offen zu halten und auf dem Posten zu sein, damit das Proletariat nicht durch Anschläge, von den Turlestanten kommandierte Aktionen der Kommunisten noch tiefer ins Elend gestürzt wird. Nichts wäre der Reaktion erwünschter, als daß ihr durch einen Putsch von links der willkommenen Anlaß zum vollständigen Niederschlagen der Arbeiterklasse mit Waffengewalt gegeben würde.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst macht weitere Mitteilungen über die Vorbereitungen der Kommunisten zum Bürgerkrieg. Er schreibt:

Sie sind überführt, in den letzten Monaten mit Gewalt den bewaffneten Kampf heraufbeschworen und ihn mit Dumdumgeschossen in erster Linie auch gegen die verhassten Sozialdemokraten führen zu wollen. Im Interesse der eingeleiteten Untersuchung ist es uns leider verfallen, den Andeutungen eine konkretere Form zu geben, aber schon heute kann festgestellt werden, daß die Dumdumgeschosse der kommunistischen Zentrale nicht nur auf dem Papier existieren, sondern sich zu Tausenden im Gewahrsam amtlicher Stellen befinden.

Die Verantwortung für diese Beschuldigung müssen wir zunächst dem Soz. Parlamentsdienst überlassen.

Die Plättnergruppe vor dem Staatsgerichtshof.

In der gestrigen Verhandlung kam es zu einer kleinen Demonstration, indem die Angeklagten und einige Zuhörer sich weigerten, bei den Eidesleistungen sich zu erheben. Einer der Verteidiger provozierte einen Gerichtsbeschluss, der ganz natürlich dahin ausfiel, daß die Zuhörer verpflichtet sind, sich zu erheben, widrigenfalls sie aus dem Saal entfernt werden sollen. In der Folge blieben nur die Angeklagten unbeanstandet sitzen. Am 31. Oktober 1921 war die Expropriation bei dem Gutbesitzer Sommerfeld hier sollen ungefähr 24 000 Mk. Bargeld, drei Taschenuhren und Ringe geraubt worden sein. Angeklagt habe es sich ursprünglich darum gehandelt, das konterrevolutionäre Waffenlager zu beschlagnahmen, das sich angeblich auf dem Gute befand. Die Leute gingen nun immer mit vorgehaltener Pistole vor. Die Frau des Gutbesizers soll ohnehin schon schwer nervenleidend gewesen sein, der Verberfall habe sie gesundheitlich stark geschädigt. Die Gutbesitzerfrau hat auch ihren Trauring angeboten, aber darauf wurde verzichtet. Waffen haben die Angeklagten nicht gefunden. In der Wohnung eines Lehrers haben sie nach dem Gelbdruck der Gemeinde gesucht, es war aber nicht mehr vorhanden. Die Lehrersfrau bot

ihm einen Pack Schokolade an, die den Gehalt des Lehrers darstellte. Dieses Angebot wurde abgelehnt.

Der Angeklagte Heß schildert, wie er als Vertrauensmann der Metallarbeiter aus den Betrieben geholt wurde. Die Sozialdemokratie hätte versagt, deshalb schloß er sich der illegalen Kampforganisation an. Er hatte die besondere Aufgabe, für Bewaffnung zu sorgen. Es gelang der illegalen Kampforganisation, einen Generalstreik zu inszenieren, aber sie hatte nicht die Kraft, ihn durchzuführen. Daß Plättner Raubfahrten machte, das habe er wohl gemerkt. Er hat auch bei einer früheren Vernehmung zugestanden, daß er zu einem der Mitangeklagten gehört habe: Ich glaube, wir sind Verbrechern in die Hände gefallen. Er habe aber nicht den Mut gefunden, sich von Plättner zu trennen.

Dann wird der Instruktionsplan vorgelesen, der von Plättner ausgearbeitet worden war und für die Gruppenführer bestimmt war. Es sollten Stoßtrupps gebildet werden, die Berlin von außen angreifen sollten. Fensterheben sollten eingeschlagen und die Barrenauslagen sollten ausgeräumt werden, Betriebe sollten stillgelegt und die Straßen revolutionär beherrscht werden. Hundert Stoßtrupps zu je 10-15 Mann seien aus gebildet worden.

Die Angeklagte Frau Bielle in Berlin wird beschuldigt, von den Raubfahrten vorher Kenntnis gehabt zu haben. Sie hat aber keine Angabe gemacht, sondern den Plättnerleuten ein Auto zur Fahrt nach Burkdorf verschafft, dadurch aber soll sie sich der Beteiligung schuldig gemacht haben. Frau B. gibt an, sie habe nur gewußt, daß es sich um eine politische Sache handelte, daß eine Expropriation beabsichtigt war, will sie nicht gewußt haben. Der Autobesitzer Wobph, der ärgerlich darüber war, daß er keine Bezahlung für seine Fahrt erhielt, hat gemeint, indem er auf den Zeitungsbericht über den Raubüberfall hinwies, man solle doch die Gesellschaft hochhalten lassen, worauf die Frau erwiderte, das solle er lieber bleiben lassen, die Leute würden sonst vielleicht einen Spädepeter aus ihm machen.

Blutige Kämpfe zwischen Separatisten und Selbstschutz.

Am 20. November. Ueber die blutigen Kämpfe zwischen dem Selbstschutz des Siebengebirges und Sonderbündlern berichtet die Rönische Zeitung, daß die Zahl der dabei getöteten Sonderbündler mit 130 nicht zu hoch angegeben sei. Die in Honnet untergebrachten Sonderbündler hatten durch Plünderungen und Gewalttätigkeiten die Erbitterung der Stadt- und Landbevölkerung aufs äußerste gesteigert. Schon am vergangenen Dienstag wurden in Rheinbreitbach fünf Sonderbündler aus Kraftwagen herausgeholt und erschlagen und zwischen Erpel und Litz der Bataillonchef Strochmann erschossen. Im ganzen Siebengebirge bildete sich inzwischen ein Selbstschutz, dem alle Parteien angehörten. Als in Honnet ein im Autombil angekommener Trupp Sonderbündler wieder plündern wollte, griff der Selbstschutz ein, von dessen Mitgliedern ein Mann durch einen Schuß des Autosführers getötet wurde. Ueber das Schicksal dieser Sonderbündler ist nichts bekannt. Ein zweites Auto mit 30 Sonderbündlern, welches dem ersten folgen wollte, setzte um, wurde aber vom Honneter Selbstschutz aufgehalten. Von 30 Mann wurden 23 erschlagen. Als Freitag morgen etwa 2000 Sonderbündler gegen den Selbstschutz vorgehen wollten, kam es im Honneter Stadtwald zu heftigen Kämpfen, in denen Verlauf 70 Sonderbündler getötet und 50 gefangen genommen wurden.

Am 22. November. Ueber die Tätigkeit der Separatisten in der Pfalz liegt folgende Meldung vor: Dem Bezirksamt Ludwigshafen ist von den Separatisten angekündigt worden, daß in den nächsten Tagen die Besetzung Ludwigshafens durch die Separatisten erfolgen werde. In Speyer versuchen die Separatisten Neuanwerbungen von Leuten, die anscheinend für den Polizeidienst ausgebildet werden sollen.

Nach einer Meldung der Rönischen Volkszeitung aus Trier sind dort die Separatisten am Sonntag entlassen worden und haben die von ihnen als Wachposten beschlagnahmten Wirtschaften räumen müssen.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat der französischen Regierung eine weitere deutsche Protestnote übergeben. Darin wird gegen die ständige Unterstützung bewaffneter separatistischer Verbände in Kallerslautern, Landau, Kirchheimbolanden, Neustadt a. Hardt usw. durch französische Besatzungsbehörden protestiert. Die deutsche Regierung legt gegen die fortgesetzte Unterstützung der Separatisten Verbände durch amtliche französische Organe und gegen die Behinderung der deutschen Behörden und Beamten bei der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und der Befämpfung der aufrührerischen Elemente erneut nachdrücklichste Verwahrung ein. Sie wiederholt die Forderung, daß den französischen Truppen alsbald Befehl gegeben werde, den völkerrechtlichen und vertragsmäßigen Verpflichtungen der Besatzungsmächte gemäß zu handeln.

Wieder eine Schießererei im Pörower Forst.

Der junge v. Raehne schwer verwundet.

Dem Vorwärts wird aus Potsdam berichtet: In der Nacht zum Dienstag traf der junge Herr v. Raehne die beiden Arbeiter Körner und Rechner aus Glinow in der Pörower Forst beim Hofe in einem an. Es kam zu einem schweren Kampf zwischen den drei Männern. Plötzlich sank Raehne, durch einen Brustschuß getroffen zu Boden. Eine Minute später kürzte der junge Herr v. Raehne durch einen schweren Kopfschuß verletzt gleichfalls bewußtlos zu Boden. Heute vormittag hat sich sofort die Potsdamer Staatsanwaltschaft zum Lokaltermin nach Pörowe begeben. Dem Termin wohnte der erste Staatsanwalt Gerlach bei. Wie es heißt, soll v. Raehne in Haft genommen werden, sobald das seine Verletzung gestattet.

Weitere sozialdemokratische Blätter verboten.

Der Volksbote, das Stettiner sozialdemokratische Blatt, ist von dem Anhaber der vollziehenden Gewalt erneuert, bereits zum dritten mal, und zwar auf die Dauer von sieben Tagen verboten worden. Ferner wurde unser Genauer Parteiblatt, die Ostthüringer Tribüne, vom Militärbesatzhhaber für Thüringen bis auf weiteres verboten, weil in einem Artikel der Tribüne eine öffentliche Beschimpfung der Reichswehr erfolgt ist.

Steigerung der Lebenshaltungskosten um fast 300 Prozent.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 18. November, auf das 331-malige Niveaue der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vormoche (218,5 Milliarden) beträgt demnach 280,3 v. H.

Wahltag der bulgarischen Koalition.

Sofia, 19. November. Gestern sind die Parlamentswahlen vor sich gegangen und überall in vollkommener Ruhe und Ordnung verlaufen. Nach den ersten bekanntgewordenen Ergebnissen hat die Regierungskoalition ungefähr 185 von 247 Sitzen erhalten. In die übrigen Mandate teilen sich die Nationalisten einerseits und Agrarier und Kommunisten andererseits. Die Kommunisten und Agrarier halten eine gemeinsame Liste aufgestellt.

Volksentscheid in Babel. Der Lübecker Senat leitete den Volksentscheid über das Misstrauensvotum der Lübecker Bürgererschaft gegen den Gelamtsenat auf den 6. Januar 1924 fest.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 22. November.

VEPD. Groß-Leipzig.

Wo ruft die Pflicht?

VEPD. Groß-Leipzig. Kreisgeneral-Versammlung am Sonnabend, dem 24. November, nachmittags 1/4 4 Uhr, im Volkshaus...

Plagwitz-Bindenau-Schluchtig. Die Markenausgabe an die Hausstillerer und die Abrechnung mit dem Genossen Tible erfolgt von jetzt ab nur noch Sonntag, vormittags von 9-1 Uhr.

Jugend. Die 16. Gründungsfest der Jugend findet Sonnabend, den 24. d. M., 7 Uhr abends, in Kahlers Hofkellern statt.

Mitglieder-Versammlungen der VEPD. Groß-Leipzig. Annullierberg, Freitag, abends 7 Uhr, in der Schule, Zimmer 12, wichtige Mitglieder-Versammlung.

Die Auswirkung der neuen Arbeitslosenunterstützungen - Bestimmungen.

Die von der Reichsregierung getroffene Anordnung, daß die Familienzuschläge den einfachen Haupttag der Arbeitslosenunterstützung nicht übersteigen dürfen, bedeutet eine schwere Schädigung der arbeitsbedürftigsten Erwerbslosen...

Kommunistische Diskussionsfreiheit.

Wie uns Gen. Kleindienst mitteilt, wurde er am Montag in einer kommunistischen Versammlung, wo er als Diskussionsredner sprach, unter Duldung der Versammlungsleitung vom „Saalhaupt“ vom Rednerpult gerammt...

Der Schwärmer von Bazancourt.

Von Otto Thielemann.

(Nachdruck verboten.)

21) Jaghaft schritt er durch den kleinen Garten. Dann bleibt er an der Tür, aus Vorhoff, stehen. Er ist allein. Das Stubenfenster ist geöffnet. Er wartet, ob der Alte kommt. Er fürchtet ihn, die Mädchen würden Verger haben...

aufs. Schärfste verurteilen. Macht Schluß mit der gegenseitigen Berührung!

Gegen die Einheiten.

Die „Schutzgemeinschaft gegen den städtischen Wucher“ hielt am Mittwoch im Zentraltheater eine zweite Versammlung ab, die sich mit der Preisbildung der städtischen Werke beschäftigte.

Die Gas- und Strompreise bauen sich auf den Ausgaben auf, die die städtischen Werke machen müssen. Und der Preis für Kohle kommt in erster Linie in Betracht. Solange wir nicht niedrigere Kohlenpreise haben, solange im allgemeinen die Teuerung nicht nachläßt, werden wir auch nicht zu geringeren Gaspreisen kommen.

Der Leipziger Rat verteilt Theaterfreikarten an die Reichswehr!

Wir haben in Sachsen und Thüringen die Reichswehr, um „Ruhe und Ordnung“ zu schaffen. Die Mitglieder der Reichswehr erhalten eine Wohnung, die sie weit über das Einkommen eines Arbeiters stellt. Weit über 100 000 arbeitslose und kurzarbeitende hungernde Leipziger Steuerzahler können sich kaum das trockene Brot, geschweige den Besuch eines Konzerts oder Theaters leisten.

Die Einweisung des Oberbürgermeisters Dr. Rothe.

Morgen vormittag findet die Einweisung des bekanntlich mit Ad und Raab gegen den Willen der Mehrheit der Leipziger Bevölkerung vom Bürgeramt unter Vergewaltigung der sozialistischen Hälfte der Stadtverordneten wiedergewählten Oberbürgermeisters Dr. Rothe statt.

Bestnahme belgischer Militärpersonen in Leipzig.

Ueber einen Zwischenfall, der sich in Leipzig mit einem belgischen Offizier als Mitglied der Militärkontrollkommission abspielte und an dem Reichswehr beteiligt ist, erfährt man lediglich aus der ausländischen Presse Näheres.

Die deutsche bürgerliche Presse mitteilen, entspricht die Darstellung der ausländischen Presse nur insofern den Tatsachen, als sowohl ein belgischer Leutnant von der Kontrollkommission als auch sein französischer Begleiter zunächst in Rochitz bei Dresden und später in Leipzig von Reichswehrruppen angehalten worden sind.

Dem übermäßigen Andrang des Publikums bei der Zahlung der Feuerwehrausgabe, Schlußgebühren usw. ist vom Stadtsteueramt dadurch begegnet worden, daß sofort 50 neue Kassentische errichtet wurden, darunter einige in Schulen; insgesamt ist an 82 Zahlstellen lastiert worden.

Ein Liter Vollmilch kostet 240 Milliarden Mark. Eine Gaseinheit kostet 300 Milliarden Mark. Der Wert des Pfennigs für die Berechnung der städtischen Gebühren (Düngerabfuhr) beträgt ab 22. 11. 1923 10 Milliarden Mark.

Eingehung der Bankchecks. Die hiesigen Großbanken geben im heutigen Anzeigenteil bekannt, daß sie die von ihnen in der Zeit der Zahlungsmittelknappheit ausgesendeten und aufeinander gegengenen Checks aus dem Verkehr ziehen.

Der frühere Oberreichsanwalt Keur Zweigert ist am 19. November verstorben.

Die Leipziger Winterhilfe wird in den nächsten Tagen mit Mitteln, die von den Postfachorganisationen Leipzigs gesendet werden, einige Rücken eröffnen, in denen etwa 1000 Kinder warmes Essen bekommen.

Von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Leipzig-Band werden die Wochenbeiträge zur Invalidenversicherung für die Zeit vom 19. November d. J. an in vorliegender Nummer bekanntgegeben.

Den Sozial- und Kapitalbesitzern wird Freitag, den 23. November, auf die 2. Novemberhälfte eine Nachzahlung gewährt werden, und zwar an den bisherigen Stellen für die Rentenempfänger mit den Anfangsbuchstaben A-H von 1/2-1/2 Uhr.

Allen Vorkriegsbesitzern - einschließlich der Auswärtigen von der 2. Woche ab - wird auf die laufende Unterstützung auch in dieser Woche ein Vorkauf gegeben. Die Zahlung der Vorkäufe erfolgt für alle in der Altstadt wohnhaften Erwerbslosen in der Meißnerstraße...

Der diesjährige Weihnachtsmarkt findet vom 16. bis 24. Dezember statt. Kleinhandelsstände für Christbäume werden auf der südlichen Hälfte des Augustusplatzes angewiesen, für den Großhandel mit Christbäumen wird wieder ein Teil des Kopfplatzes bestimmt.

Entgegenfinden wurde gestern nachmittag Geheimrat Julius Fraurea, der seit dem 29. Oktober vermißt wurde. Junge Leute entdeckten seine Leiche zwischen der Connewitz-Plagwitz-Elbe.

„Madame, hier ist der Befehl. Ich danke auch.“ „O, nichts zu sagen.“ Mit einer Handbewegung ladet sie ihn ein, hineinzugehen und trägt den Befehl in die Küche. Sie zog die Tür ins Schloß. Er steht den beiden Mädchen gegenüber. Zwischen den Fenstern steht die Kommode mit einer bunten Decke.

„Siehst du das Blut der Wangen, das schwarze Haar, die brennend heißen Augen, die ganze Schönheit dieses Mädchens. Sie schlägt verwirrt die Augen nieder und schiebt ihm einen Stuhl hin.“ „Wollen sie sich nicht?“ „Ich danke! ... Es wird doch endlich Frieden geben, dann werden sie sich wiederfinden.“

